

- 2 **Vereinbarkeit** Fragmentierte Arbeitszeiten schaden
- 3 **Renteneintritt** Krank, aber nicht genug
- 4 **Arbeitskämpfe** Eine halbe Million Beschäftigte hat 2025 gestreikt
- 6 **Inflation** Gefühlte Kaufkraftverluste sind ein Problem
- 7 **LABOR.A® 2026** Vom Menschen her denken

RENTE

Kapital sammeln kann Jobs kosten

Die Einführung einer kapitalgedeckten Komponente in die gesetzliche Rente würde das Wirtschaftswachstum bremsen.

Der Abschlussbericht der von der Bundesregierung eingesetzten Rentenkommission enthält sinnvolle Ansätze, aber auch problematische Vorschläge: Kritisch sehen IMK und WSI in einer gemeinsamen Analyse unter anderem, dass der Renten-Beitragssatz zum Aufbau eines neuen Elements der Kapitaldeckung ab 2028 zügig um zwei Prozentpunkte steigen soll. Dies entzieht den Menschen Kaufkraft und dürfte so Konsumnachfrage und Wirtschaftswachstum in Deutschland verringern.

Der Aufbau eines Kapitalstocks sei auf absehbare Sicht ineffizient, argumentieren die Forschenden. „Ein Fonds am Aktienmarkt muss erst einmal mühsam aufgefüllt werden, bevor man Erträge auszahlen kann. Ein aus Beiträgen gespeister Kapitalstock ist deshalb ungeeignet, schnell Entlastung für die Rentenversicherung zu bringen“, erklärt IMK-Direktor Sebastian Dullien. Es würde bedeuten, „dass in den kommenden Jahrzehnten Erwerbstätige zunächst doppelt bezahlen müssen – einmal für die Rente der Älteren und einmal zum Aufbau des Kapitalstocks“.

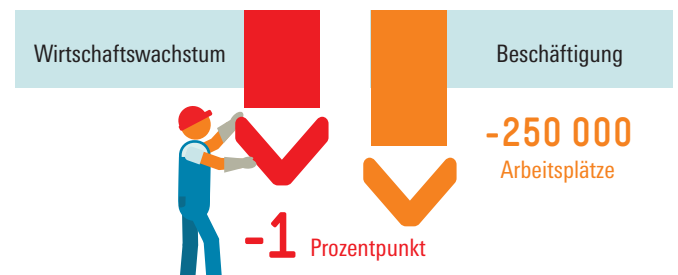
Nach Berechnungen von IMK und WSI würde aus dem Vorschlag der Kommission folgen, dass der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung bis 2032 von derzeit 18,6 Prozent auf rund 22 Prozent steigen würde. Ohne den Aufbau des Kapitalstocks würde er 2032 nur bei 20,4 Prozent liegen. Zudem kommen auf den Bundeshaushalt Anfang der 2030er-Jahre Zusatzkosten in Milliardenhöhe zu. Grund ist die von der Kommission vorgeschlagene steuerfinanzierte Kompensation für rentennahe Versicherte, die für den Aufbau des Kapitalstocks zahlen müssen, aber wegen des kurzen Zeithorizonts nur geringe Erträge erwarten können. „Der Aufbau des Kapitalstocks macht kurz- und mittelfristig die Stabilisierung des Rentenniveaus teurer, nicht billiger“, sagt Dullien.

Man hätte alternativ die gleiche Stabilisierung des Rentenniveaus bis 2050 mit einem geringeren Anstieg der Beitragssätze erreichen können, wenn man dies rein über höhere Beiträge statt über den Umweg eines Kapitalstocks organisiert hätte. Da im Fall des Kapitalaufbaus die höheren Beitragssätze größere Abzüge vom Lohn und damit we-

niger verfügbares Einkommen bei den Haushalten bedeuten, wäre für die nächsten Jahre mit einem gedämpften Konsumwachstum in Deutschland zu rechnen. Denn anders als Beitragszahlungen im Umlageverfahren, die rasch für höhere Alterseinkommen sorgen, werden die Beiträge zum Aufbau des Kapitalstocks für längere Zeit dem Wirtschaftskreislauf entzogen, weil sie an den internationalen Kapitalmärkten angelegt sind.

Wachstumsbremse Kapitaldeckung

So würde die Einführung einer Kapitaldeckung nach dem Vorschlag der Rentenkommission wirken* auf ...



*in 5 Jahren nach Erhöhung der Rentenbeiträge zum Aufbau des Kapitalstocks;
Quelle: IMK/WSI 2026

Hans Böckler
Stiftung

Als Lösung schlagen IMK und WSI vor, über eine andere Art der Finanzierung des Kapitalstocks nachzudenken. Das von der Ampelkoalition geplante Generationenkapital etwa, das über einen Bundeskredit finanziert werden sollte, hätte einen Kapitalstock geschaffen, ohne kurzfristig das Wachstum zu dämpfen. Denkbar sei auch ein Generationenfonds, der über eine einmalige Vermögensabgabe befüllt wird. Auch wäre eine verpflichtende betriebliche Altersvorsorge für alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland eine wachstumsfreundlichere Option, weil schon rund die Hälfte der Menschen in Deutschland heute so abgesichert ist. <

Quelle: Florian Blank, Sebastian Dullien, Ulrike Stein: Empfehlungen der Rentenkommission bergen Risiken und Nebenwirkungen, WSI Policy Brief Nr. 99, Juni 2026 [Link zur Studie](#)

Fragmentierte Arbeitszeiten schaden

Beschäftigte, die ihre Arbeit regelmäßig unterbrechen und abends fortsetzen, machen im Schnitt mehr Überstunden und wünschen sich kürzere Arbeitszeiten.

Für manche Menschen beginnt der Arbeitstag zweimal: Sie setzen sich nach einer längeren Unterbrechung später wieder an den Schreibtisch. Eine solche „Fragmentierung“ der Erwerbsarbeitszeit gilt Befürworterinnen und Befürwortern einer Deregulierung des geltenden Arbeitszeitgesetzes als Chance. Insbesondere Frauen und Mütter – so die These – könnten dadurch Erwerbsarbeit und Familie besser unter einen Hut bringen und daher ihre vertraglichen Arbeitszeiten ausweiten. Damit könne das Fachkräftepotenzial besser ausgeschöpft werden. WSI-Forscherin Yvonne Lott hat empirisch untersucht, was an diesem Argument dran ist. „Die Ergebnisse zeigen, dass fragmentierte Erwerbsarbeitszeiten nicht mit einer Verlängerung der vertraglich vereinbarten Arbeitszeit, sondern mit höheren Überstunden verbunden sind. Wer den Arbeitstag unterbricht, wünscht sich kürzere Erwerbsarbeitszeiten. Das spricht eher für eine Mehrbelastung durch Fragmentierung als für Erholung und eine gute Work-Life-Balance.“

Für ihre Analyse hat die Sozialwissenschaftlerin Daten der BAuA-Arbeitszeitbefragung aus den Jahren 2019, 2021 und 2023 ausgewertet. Diese beziehen sich auf Angaben von 21000 Beschäftigten, die teilweise an mehreren Befragungswellen teilgenommen haben. Schichtarbeitende wurden nicht berücksichtigt. Das Ausmaß der Arbeitszeit-Fragmentierung wurde erfasst über die Frage: „Wie oft kommt es vor, dass Sie die Arbeit aus privaten Gründen für mehrere Stunden unterbrechen und am Abend nach 19 Uhr weiterarbeiten?“

Nötig ist echte Entlastung

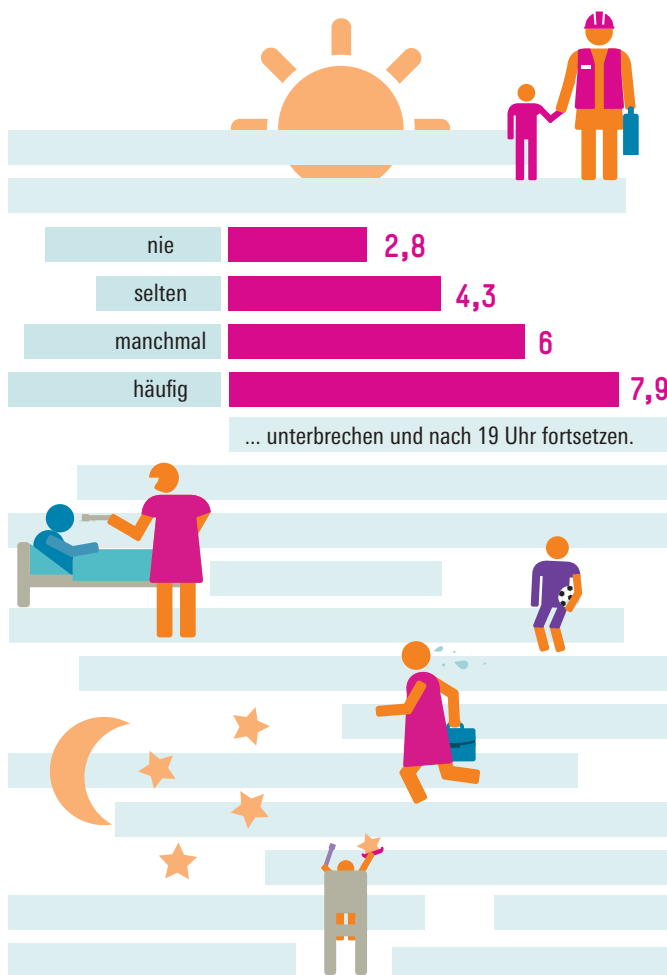
Lotts Berechnungen zufolge, bei denen Faktoren wie Geschlecht, Beschäftigungsumfang oder Gesundheitszustand statistisch berücksichtigt wurden, gibt es keinen signifikanten Zusammenhang zwischen Fragmentierung und vertraglicher Arbeitszeit. Dagegen zeigt sich ein deutlicher Effekt auf Überstunden: Bei stärker fragmentierten Arbeitszeiten ist deren Zahl höher, ebenso wie die Diskrepanz zwischen gewünschter und tatsächlicher Arbeitszeit.

„Fragmentierte Arbeitszeiten erweisen sich damit nicht als nachhaltiges Instrument zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie“, so die WSI-Expertin. „Weil sie mit zusätzlichen Überstunden und dem Wunsch nach kürzeren Arbeitszeiten einhergehen, können sie auf Dauer nicht nur die Vereinbarkeit belasten, sondern auch die Gesundheit und das Wohlbefinden von Beschäftigten und ihre Bindung an den Arbeitgeber schwächen. Fragmentierte Arbeitszeiten können daher Fehlzeiten erhöhen und Personalmangel verschärfen.“

Für wirkliche Fortschritte in Sachen Vereinbarkeit sollte die Politik laut Lott durchsetzen, dass Arbeitszeit verlässlich digital erfasst wird, um Überstunden sichtbar zu machen.

Mehr Arbeit mit Unterbrechungen

So viele Überstunden pro Woche machen Beschäftigte im Schnitt, die ihre Arbeit ...



Quelle: Lott 2026

Hans Böckler Stiftung

Es gelte, Erreichbarkeit am Abend zu begrenzen sowie für echte Entlastung zu sorgen, etwa durch den Ausbau des Kinderbetreuungsangebots und eine bessere Pflegeinfrastruktur. Selbstbestimmte Arbeitszeitmodelle wie Wahlarbeitszeit oder Optionszeit sollten gestärkt werden.

„Diese wichtigen empirischen Befunde zeigen einmal mehr, dass eine Abschaffung des Achtstundentages nicht zu einer Ausweitung der Erwerbsarbeitszeiten von Frauen führen würde. Politik, die das erreichen möchte, sollte die Vereinbarkeit von Familie und Beruf tatsächlich erleichtern, zum Beispiel durch verlässliche Kinderbetreuung“, sagt Bettina Kohlrausch, die wissenschaftliche Direktorin des WSI. <

Quelle: Yvonne Lott: Fragmentierte Arbeitszeiten bedeuten Überstunden und Wunsch nach kürzeren Arbeitszeiten, WSI Policy Brief Nr. 100, Juli 2026 [Link zur Studie](#)

Krank, aber nicht genug

Die Hürden für die Erwerbsminderungsrente sind für viele gesundheitlich Beeinträchtigte zu hoch. Der Zugang sollte erleichtert werden.

Die Zahl der älteren Beschäftigten steigt. Während beispielsweise im Jahr 2010 von den 62-Jährigen 40 Prozent in Rente oder Pension waren, traf dies 2023 nur noch auf 17 Prozent zu. Mehr als geringfügig erwerbstätig waren 2010 gerade einmal 21 Prozent. 2023 betrug die Quote 63 Prozent. Aber was ist mit denen, deren Gesundheitszustand es nicht zulässt, immer noch weiterzuarbeiten? Nach Abschaffung anderer Formen der frühzeitigen Verrentung bleibt Unter-63-Jährigen heute nur die an strenge Gesundheitsprüfungen gebundene Erwerbsminderungsrente. Martin Brussig vom Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen hat in einer Analyse für die Hans-Böckler-Stiftung untersucht, „ob die Erwerbsminderungsrente alle Personen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mit der steigenden Altersgrenze Schritt halten können, auffängt“.

Dazu nutzt der Forscher Zahlen der regelmäßig wiederholten Befragung „Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“ des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es zeigt sich erwartungsgemäß, dass ältere Erwerbstätige heute deutlich gesünder sind als Rentnerinnen und Rentner desselben Jahrgangs. 2010 war der Unterschied weniger ausgeprägt: 63- oder 64-jährige Erwerbstätige und Rentenbeziehende unterschieden sich in Sachen subjektiver Gesundheitszustand so gut wie nicht. „Seinerzeit war der Rentenzugang in diesem Alter praktisch nicht über – schlechte – Gesundheit gesteuert“, so Brussig.

Dass heute der Zusammenhang zwischen Gesundheitszustand und frühem Rentenbezug enger ist, bedeutet aber noch nicht, dass alle, die gesundheitlich deutlich angeschlagen sind, Erwerbsminderungsrente bekommen, erklärt der IAQ-Forscher. Die Gesundheit der 59- bis 62-Jährigen im Job war 2023 im Schnitt schlechter als im Jahr 2010. „Dies ist ein Indiz dafür, dass ein Teil der heute älteren Beschäftigten unter früheren Bedingungen in Frührente gewechselt wäre“, schreibt Brussig.

Im nächsten Schritt hat der Wissenschaftler die Daten nach Geschlecht und Qualifikation aufgeschlüsselt und außer sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Bezieherinnen und Bezieher von Renten oder Pensionen auch geringfügig Beschäftigte, Arbeitslose und Nichterwerbstätige einbezogen. Während eine „ausgeprägte Ungleichheit“ zwischen Frauen und Männern „nicht zu erkennen“ ist, spielt die Ausbildung eine wichtige Rolle: Die Gesundheit von geringqualifizierten Beschäftigten um das 60. Lebensjahr war 2023 häufig sehr schlecht – deutlich schlechter als 13 Jahre zuvor. In dieser Gruppe bleibt heute offenbar vielen ein vorzeitiger Ausstieg aus dem Arbeitsleben verwehrt. „Die Geringqualifizierten mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen sind von der Schließung der Frühverrentung am härtesten betroffen“, folgert Brussig.

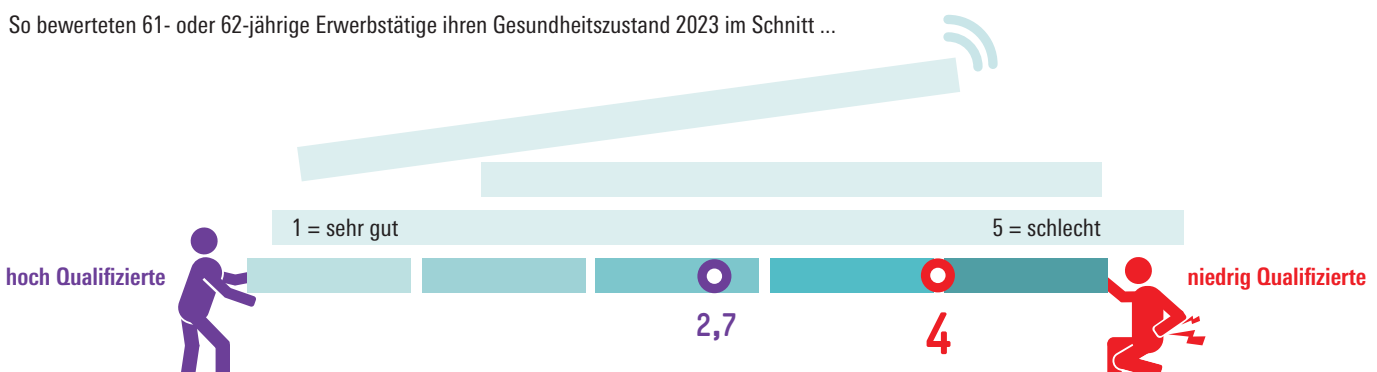
Die Gruppe der Arbeitslosen, geringfügig Beschäftigten und Nichterwerbstätigen ist überwiegend in einem schlechteren Gesundheitszustand als die Erwerbstätigen in Voll- und Teilzeit. Unter ihnen sind viele, „die zu krank für versicherungspflichtige Arbeit, aber nicht krank genug für die Erwerbsminderungsrente sind“.

Zwar steigt Brussig zufolge die Zahl älterer Bezieherinnen und Bezieher von Erwerbsminderungsrente. Das dürfe aber nicht darüber hinwegtäuschen, „dass das Problem des gesundheitsbedingten Ausscheidens vor Erreichen der Regelaltersgrenze größer ist, als die Erwerbsminderungsrente in ihrer aktuellen Fassung aufzufangen vermag“. Der Forscher plädiert daher für einen leichteren Zugang zu gesundheitsbedingter Frühverrentung. Zudem gelte es, die Präventionsbemühungen in der Arbeitswelt zu stärken, damit der Job Körper und Geist nicht vorzeitig verschleißt. Dies sollte geschehen, bevor über weitere Anhebungen der Regelaltersgrenze nachgedacht wird. <

Quelle: Martin Brussig: Gesundheitliche Einschränkungen von älteren Beschäftigten und Personen im vorzeitigen Rentenbezug – Veränderungen aufgrund steigender Altersgrenzen, Altersübergangs-Report 3/2026 [Link zur Studie](#)

Nicht alle können länger arbeiten

So bewerteten 61- oder 62-jährige Erwerbstätige ihren Gesundheitszustand 2023 im Schnitt ...



Quelle: Brussig 2026

Hans Böckler
Stiftung

Eine halbe Million Beschäftigte hat 2025 gestreikt

In Deutschland wird weniger gestreikt. Bei etwa einem Viertel der Arbeitskämpfe geht es darum, Arbeitgeber überhaupt zum Abschluss von Tarifverträgen zu bewegen.

Die Zahl der Streiks und der dabei ausgefallenen Arbeitstage hat sich im Jahr 2025 gegenüber den beiden Vorjahren weiter verringert – parallel zur Normalisierung der Verbraucherpreise. Im langfristigen Vergleich lag die Zahl der von Arbeitskämpfen begleiteten Konflikte jedoch weiterhin auf relativ hohem Niveau. Dies hat mehrere Gründe: So waren die massiven Kaufkraftverluste der Vorjahre auch 2025 noch nicht in allen Branchen vollständig ausgeglichen. Außerdem führten Beschäftigte und ihre Gewerkschaften viele Arbeitskämpfe, um der seit Jahren sinkenden Tarifbindung durch Arbeitgeber, die aus Tarifverträgen aussteigen, etwas entgegenzusetzen. Das zeigt die neue Arbeitskampfbilanz des WSI.

Im vergangenen Jahr zählte das WSI 261 Arbeitskämpfe. Das waren 25 weniger als 2024, so die Studienautoren Thilo Janssen und Heiner Dribbusch. An Streiks teilgenommen haben nach ihren Berechnungen 552.000 Personen, 360.000 weniger als 2024. Ein Grund dafür ist, dass in der Metall- und Elektroindustrie 2025 im Gegensatz zum Vorjahr keine Tarifverhandlungen und damit auch keine flächendeckenden Arbeitsniederlegungen stattfanden; Warnstreiks in dieser Branche mit ihren 3,7 Millionen Beschäftigten beeinflussen die Statistik stets erheblich. Auch die Zahl der arbeitskampfbedingt ausgefallenen Arbeitstage lag 2025 mit 645.000 deutlich unter dem Vorjahreswert von rund 912.000 und etwas unter dem Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre. Tendenziell deuten die Ergebnisse auch auf eine geänderte Arbeitskämpfungsführung der Gewerkschaften hin: Einzelne, kurze Arbeitsniederlegungen überwiegen, unbefristete Flächenstreiks sind dagegen seltene Ausnahmen geworden.

Arbeitskämpfe für Tarifverträge

Erstmals hat das WSI für 2025 auch die Arbeitskampfziele der Gewerkschaften quantitativ ausgewertet. In mehr als jedem vierten Arbeitskampf rangen die Beschäftigten um die

– zum Teil erstmalige – Tarifbindung ihres Unternehmens. Dabei überwiegen Streiks um Haustarifverträge. „Gewerkschaften müssen somit einen erheblichen Teil ihrer Ressourcen dafür aufwenden, der Tariffucht der Unternehmen und damit einem weiteren Absinken der Tarifbindung entgegenzuwirken“, schreiben die Wissenschaftler.

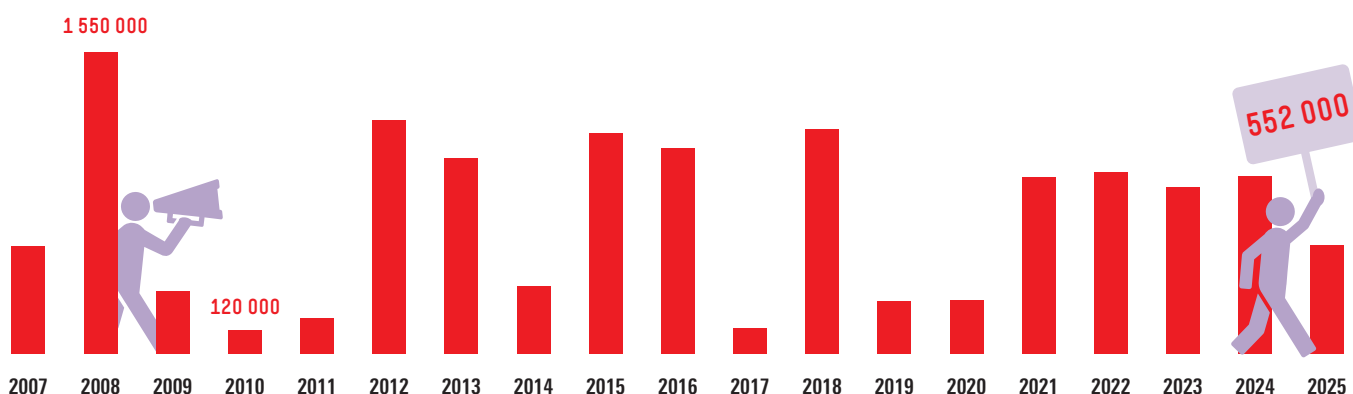
In rund der Hälfte der Arbeitskämpfe ging es ausschließlich um ein höheres Entgelt, in weiteren rund 15 Prozent um Konstellationen aus Entgelt- und Arbeitszeitregelungen. Auffällig ist die Branchenverteilung bei Transformationskonflikten: Bei acht Prozent der Arbeitskämpfe waren Umstrukturierungen der Ausgangspunkt. 14 dieser 20 Konflikte entfielen auf den Zuständigkeitsbereich der IG Metall. Dies spiegelt auch die sehr unterschiedliche Lage in den Branchen wider: Während im Dienstleistungsbereich weiterhin neue Arbeitsplätze entstanden, wurden im produzierenden Gewerbe Stellen abgebaut; entsprechend zielten die Arbeitskämpfe dort häufig auf tarifliche Vereinbarungen zu Beschäftigungssicherung, Abfindungen oder Transfergesellschaften. Beispiele sind die Druckindustrie, der Autohersteller Ford oder der Gabelstaplerhersteller Jungheinrich, wo die Beschäftigten nach Standortschließung 85 Tage erfolgreich für einen Sozialtarifvertrag streikten – der längste unbefristete Streik 2025.

Kurze Warnstreiks auf Hausebene sind am häufigsten

Erzwingungsstreiks nach Urabstimmung sind allerdings die Ausnahme: Das WSI hat 2025 nur sieben unbefristete Arbeitskämpfe gezählt. Bis auf einen Fall führten alle Erzwingungsstreiks zu einem Tarifabschluss, darunter der von Verdi organisierte 48-Tage-Streik bei der Dienstleistungs-Tochter CFM der Berliner Charité für die Angleichung der Löhne an den TVöD oder der Streik der NGG für einen Haustarifvertrag beim Dönerfleischproduzenten Birtat.

Weniger Streikende

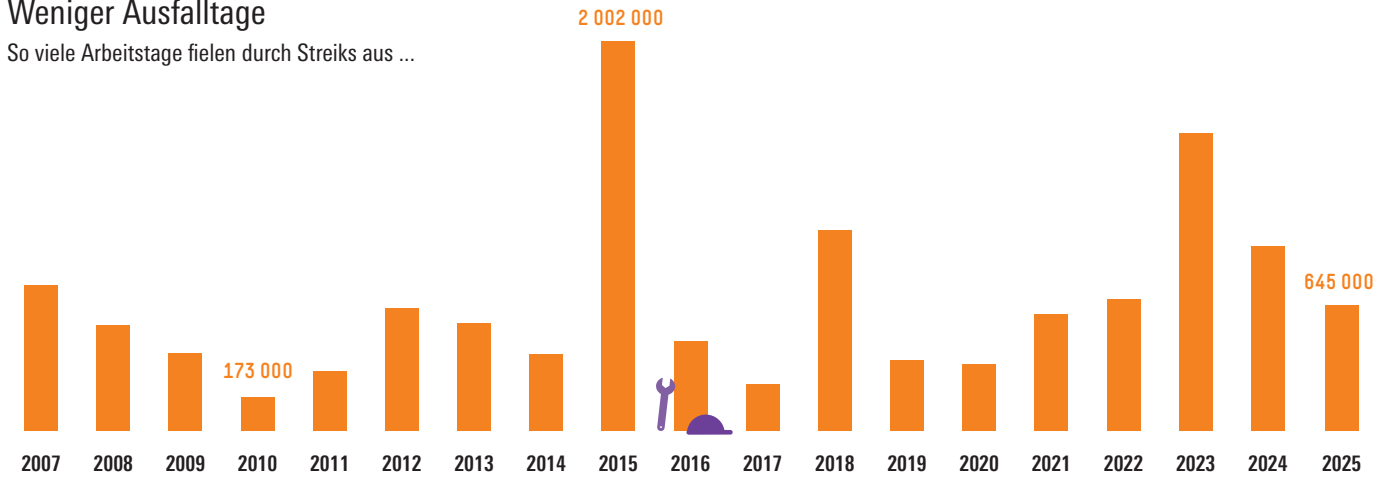
So viele Beschäftigte traten in den Streik ...



Quelle: WSI 2026

Weniger Ausfalltage

So viele Arbeitstage fielen durch Streiks aus ...



Quelle: WSI 2026

Hans Böcker
Stiftung

Im Gegensatz zum Vorjahr fanden 2025 etwas mehr Arbeitskämpfe in der Industrie, nämlich 134, als im Dienstleistungsbereich mit 127 statt. Meistens handelte es sich dabei um Warnstreiks mit einer oder mehreren kurzen Arbeitsniederlegungen, rund 70 Prozent davon auf Haus- und 30 Prozent in der Fläche. Bei den Teilnehmendenzahlen verhält es sich umgekehrt: Der Großteil der Streikenden kam 2025 aus dem Dienstleistungsbereich. Dies lag vor allem an den beiden großen Flächenstreiks im öffentlichen Dienst: Im Frühjahr streikten die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen sowie der kommunalen Verkehrsunternehmen. Zum Ende des Jahres begann der Arbeitskampf der Tarifbediensteten der Länder, der sich ins Frühjahr 2026 fortsetzte.

Internationaler Vergleich: Deutschland im Mittelfeld

In der internationalen Streikstatistik, bei der das WSI wie international üblich die arbeitskampfbedingten Ausfalltage pro 1000 Beschäftigte im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre miteinander vergleicht, liegt Deutschland weiterhin im Mittelfeld. Hierzulande fielen zwischen 2015 und 2024, dem jüngsten Jahr, für das die nötigen internationalen Vergleichsdaten vorliegen, aufgrund von Arbeitskampfmaßnahmen im Jahresdurchschnitt rund 22 Arbeitstage pro 1000 Beschäftigte aus.

Die Spitzengruppe bilden wie im Vorjahr Finnland, Frankreich, Kanada und Belgien. An fünfter Position folgt Zypern, das seinen Platz den zwei von großen Arbeitskämpfen geprägten Jahren 2019 und 2023 verdankt. Mit Spanien, dessen Streikstatistik Generalstreiks nicht berücksichtigt, beginnt das Mittelfeld. Dort finden sich nach Großbritannien, Norwegen und den USA auch Deutschland und die Niederlande wieder. Polen, Dänemark, Irland und Portugal bilden das untere Mittelfeld. Am Ende liegen wie in den Vorjahren Ungarn, Österreich, die Schweiz und Schweden mit einstelligen Werten. Im langfristigen Vergleich ist die Streikentwicklung in Europa weiter rückläufig, während die Zahl der Ausfalltage in den USA zuletzt etwas gestiegen ist.

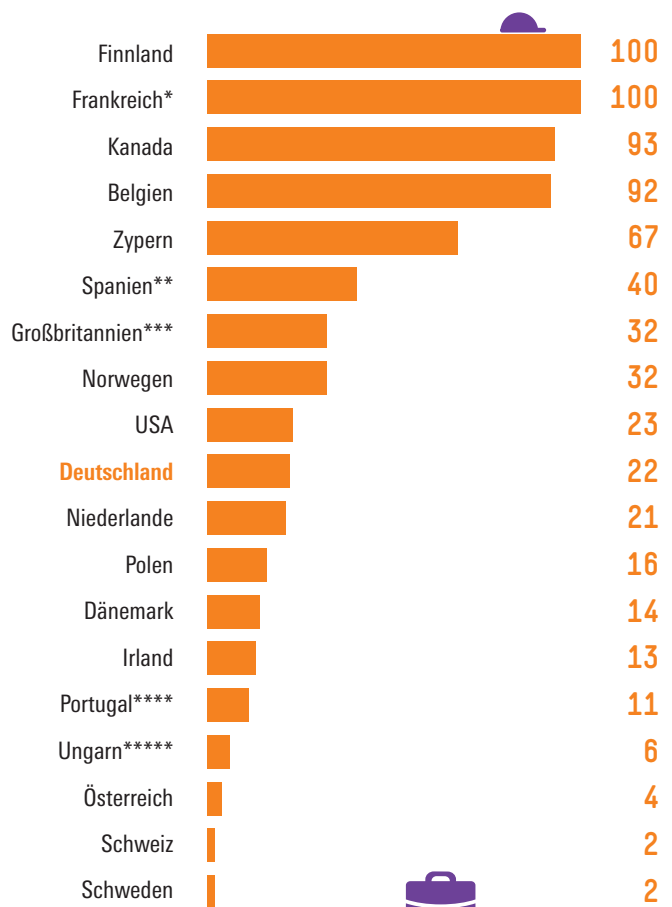
Die seit 2008 veröffentlichte Arbeitskampfbilanz des WSI beruht auf Gewerkschaftsangaben, Pressemeldungen und Medien-Recherchen. Die von der Bundesagentur für Arbeit (BA) veröffentlichten Daten zum Streikgeschehen

stützen sich dagegen auf die – oft lückenhaften – Meldungen der Arbeitgeber. Daher wird von der BA meist eine geringere Anzahl von Streikbeteiligten oder Ausfalltagen angegeben. <

Quelle: Thilo Janssen, Heiner Dribbusch: WSI-Arbeitskampfbilanz 2025, WSI-Report Nr. 114, Juli 2026 [Link zur Studie](#)

Deutschland im Mittelfeld

Von 2014 bis 2024 fielen durch Streiks im Schnitt jedes Jahr so viele Arbeitstage pro 1000 Beschäftigte aus in ...



* nur Privatsektor, ** ohne Generalstreiks, *** ohne 2020, 2021, **** ohne öffentliche Verwaltung, ***** ohne 2015, 2020; Quelle: WSI 2026

Hans Böcker
Stiftung

Gefühlte Kaufkraftverluste sind ein Problem

Eine Mehrheit in Deutschland hat den Eindruck, sich weniger leisten zu können als vor fünf Jahren. Das untergräbt die Konsumlaune und das Vertrauen in die Politik.

Plötzlich war das Geld weniger wert: Zwischen 2021 und 2023 fachten Pandemie und Ukrainekrieg die Inflation kräftig an und ließen die real verfügbaren Einkommen sinken. Mittlerweile wurde das Minus durch Tarifierhöhungen, einen gestiegenen Mindestlohn, höhere Renten und nachlassende Teuerung zumindest im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt wieder wettgemacht. In der Wahrnehmung der Bevölkerung ist die Situation aber weitaus negativer: Eine Mehrheit hielt die eigene Kaufkraft Ende 2025 immer noch für geringer als vor dem Inflationsschock. Die Folge sind Sorgen hinsichtlich der künftigen Entwicklung der Lebenshaltungskosten, Zurückhaltung beim Konsum und Misstrauen gegenüber der Bundesregierung. Das geht aus einer Analyse von Jan Behringer und Lukas Endres hervor.

Die IMK-Forscher haben für ihre Untersuchung Daten einer repräsentativen Online-Befragung ausgewertet, an der im November 2025 rund 7000 Personen zwischen 18 und 75 Jahren teilgenommen haben.

Die Ergebnisse zeigen eine „erhebliche Diskrepanz zwischen wahrgenommener und gemessener Entwicklung der verfügbaren Realeinkommen“, erklären die Ökonomen. Obwohl die inflationsbedingten Einbußen im Schnitt schon 2024 wieder ausgeglichen waren, fühle sich eine Mehrheit immer noch schlechter gestellt. Dass sie sich mehr leisten können als vor fünf Jahren, gaben nur 11 Prozent der Befragten an. 30 Prozent nehmen ihre Kaufkraft als unverändert wahr, 59 Prozent sind überzeugt, real weniger zur Verfügung zu haben.

Ein Grund dafür könnte sein, dass sich insbesondere Güter des täglichen Bedarfs verteuert haben, vermuten die Wissenschaftler. Seit 2020 sind die Preise für Wohnenergie um 47 Prozent, für Lebensmittel und Restaurantbesuche um jeweils über 30 Prozent gestiegen. Tatsächlich empfinden 47 Prozent der Befragten die höheren Kosten für Wohnenergie als eine schwere Belastung. Bei Lebensmitteln beträgt der Anteil 44 Prozent, bei Restaurantbesuchen 42 Prozent. Dass die Preise für viele seltener gekaufte Güter dagegen nur moderat gestiegen sind, fällt offenbar weniger stark auf.

Die Wahrnehmung einer anhaltend verringerten Kaufkraft wirkt sich der Analyse zufolge auf die Erwartungen aus: Große Sorgen hinsichtlich der künftigen Lebenshaltungskosten machen sich 55 Prozent derjenigen, die meinen, sich weniger leisten zu können als vor fünf Jahren. Bei denjenigen, die ihre Kaufkraft als unverändert oder größer wahrnehmen, sind es 16 Prozent beziehungsweise 22 Prozent.

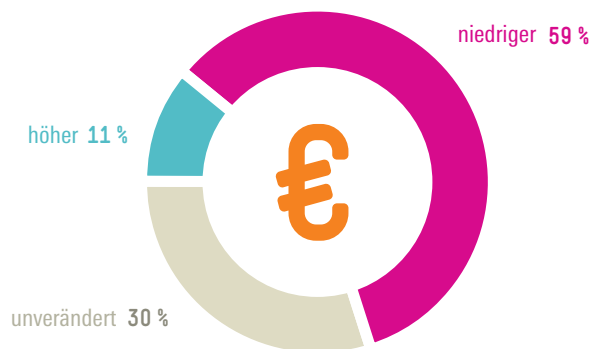
Die Angst vor steigenden Preisen könne Haushalte dazu bewegen, die Konsumausgaben zurückzufahren, um finanzielle Spielräume zu bewahren, so Behringer und Endres. Laut den Umfragedaten plante ein großer Teil der Bevölke-

rung Ende 2025, also noch vor dem Iran-Krieg, weniger zu konsumieren. Dabei hatten Menschen mit großen Sorgen hinsichtlich der Entwicklung der Lebenshaltungskosten in allen abgefragten Bereichen deutlich häufiger entsprechende Pläne. So wollten etwa 68 Prozent ihre Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen aus dem Bereich Freizeit, Unterhaltung, Kultur einschränken. Menschen, die sich geringe Sorgen machen, hatten zu 38 Prozent diese Absicht, die Sorglosen zu 17 Prozent. Bei Reisen und Tourismus belaufen sich die Anteile auf 67, 39 und 19 Prozent.

Die Verunsicherung wirkt sich auch auf die politische Stimmung aus: Von den Befragten, die ihre Kaufkraft als geschmälert empfinden, sind fast 80 Prozent unzufrieden mit der Arbeit der Bundesregierung, 35 Prozent haben überhaupt kein Vertrauen in diese Institution. Bei denjenigen mit gefühlt unveränderter Kaufkraft sind es 62 und 16 Prozent, bei denen, die sich mehr leisten zu können meinen, 54 und 12 Prozent.

Mehrheit fühlt sich ärmer

Im Vergleich zur Situation vor fünf Jahren empfinden die Menschen in Deutschland ihre Kaufkraft als ...



Quelle: Behringer, Endres 2026, Befragung im November 2025.

Hans Böckler
Stiftung

Alles in allem, so das Fazit der Forscher, lieferten die Ergebnisse eine mögliche Erklärung dafür, dass der private Konsum trotz wiederhergestellter Realeinkommen immer noch schwächelt. Und sie zeigten, wie wichtig frühzeitige und gezielte Maßnahmen zur Begrenzung starker Preissteigerungen sind. Und zwar insbesondere bei Gütern des täglichen Bedarfs, die für die Wahrnehmung der eigenen Kaufkraft besonders relevant sind. Aktuell gelte das etwa für die Kraftstoffpreise, die infolge des Iran-Kriegs deutlich zugelegt haben. <

Quelle: Jan Behringer, Lukas Endres: Gefühlte Kaufkraftverluste belasten privaten Konsum und Vertrauen in die Regierung – Erkenntnisse aus einer Online-Umfrage, IMK Policy Brief Nr. 218, Juli 2026

Vom Menschen her denken

Bei der LABOR.A® 2026 geht es zum neunten Mal um die Frage, wie die Zukunft der Arbeit fair gestaltet wird.

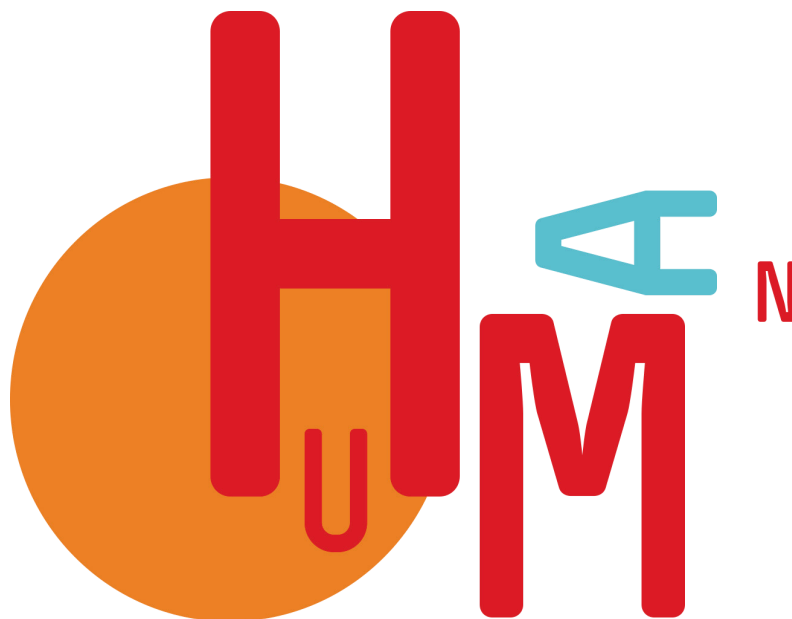
Zukunftsvorstellungen von Arbeit verändern sich derzeit rasant. Algorithmen steuern Schichtpläne, KI-Systeme übernehmen Diagnose- und Bewertungsaufgaben und Plattformkonzerne reorganisieren ganze Branchen. All das geschieht in Abhängigkeit von weitgehend unregulierten und zunehmend unzuverlässigen Techkonzernen, die weder Mitbestimmungs- noch andere Standards erfüllen, um den Einsatz der Technik zum Wohle der Gesellschaft auch nur anzustreben, so Lisa Basten, die Leiterin des LABOR.A®-Programmteams.

Mit dem Motto HUMAN will die Konferenz einen Raum eröffnen, um den Menschen als normatives Zentrum zukünftiger Arbeitswelten konsequent als Ausgangspunkt zu setzen.

„HUMAN ist für uns weder Gegenmodell zur Digitalisierung noch nostalgischer Appell – sondern eine programmatische Entscheidung: Wir wollen Debatten über Transformation konsequent von den Menschen her denken, die von ihr betroffen sind – und nicht von den Systemen, die sie vortreiben“, so Basten.

Diese Perspektive strukturiert das Programm der Konferenz. Und das bietet noch weit mehr als Debatten um KI und digitale Zukunft. Auf der LABOR.A am 15. September 2026 diskutieren viele Organisationen den zunehmenden Druck rechtsextremer Akteure – auf Gewerkschaften, in Betrieben, auf die Wissenschaft. Andere Sessions geben konkrete Einblicke in Branchen: Pflegekräfte aus der Türkei, Brasilien und Mexiko schließen eine Versorgungslücke, die das System selbst produziert. Plattformbeschäftigte bei Lieferdiensten erleben unmittelbar, wie die dort vorherrschenden Geschäftsmodelle von strategischer Vereinzelung und menschenfeindlichen Arbeitsbedingungen profitieren. Seeleute agieren heute zwischen Militarisierung globaler Seewege, Migrationsregimen und entgrenzten Arbeitsbedingungen. In all diesen Fällen stellt die Konferenz dieselbe Frage: Was bedeutet das konkret für die betroffenen Menschen – und welche strukturellen Hebel stehen zur Verfügung?

Auch betriebsinterne Dynamiken werden aus dieser Perspektive beleuchtet: unter welchen Bedingungen Arbeitszeiten als menschengerecht gelten können und wie Mitbestimmung dabei als Regulierungsinstrument wirkt; wie Unternehmen auf antidemokratische Tendenzen im Betrieb reagieren können; oder wie sich der Gender Pay Gap nicht nur benennen, sondern rechtssicher nachweisen lässt.



LABOR.A® 2026 - HUMAN

Die Hans-Böckler-Stiftung richtet die LABOR.A® am **15. September 2026** zum neunten Mal aus. Als hybride Konferenz: live im Berliner **Cafe Moskau** sowie online. Die Plätze vor Ort können schnell ausgebucht sein. Eine kostenlose Anmeldung zur Teilnahme in Berlin oder online ist möglich unter: www.labora.digital

Das Programm der LABOR.A® – Die Konferenz zur Arbeit der Zukunft:
<https://arbeit-der-zukunft.de/labora/programm>

Es ist diese Mischung der Expertisen, die die LABOR.A® zu so einem starken Ort für das gemeinsame Arbeiten an Zukunftsbildern macht. Nicola Voß begleitet die Partnerorganisationen in der gemeinsamen Arbeit. Sie betont: „Die LABOR.A® lebt davon, dass hier Menschen zusammenkommen, die aus unterschiedlichen Perspektiven auf die Debatten um Arbeit der Zukunft schauen. Dieses Netzwerk ist kein Begleitprogramm, sondern der eigentliche Motor der Konferenz.“ <

IMPRESSUM

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung · Georg-Glock-Straße 18 · 40474 Düsseldorf

Verantwortlich: Dr. Claudia Bogedan, Geschäftsführerin; Rainer Jung, Leiter Öffentlichkeitsarbeit der Hans-Böckler-Stiftung

Redaktion: Dr. Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen, Dr. Kai Kühne, Sabrina Böckmann, Katja Wolf

Kontakt: redaktion-impuls@boeckler.de · Telefon: +49 211 77 78-0

Druck und Versand: digiteam · Joachim Kirsch · info@digiteam.de

Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Angabe der Quelle frei www.boecklerimpuls.de

Sie erhalten von uns die gedruckte Ausgabe des Böckler Impuls. Sie können sie jederzeit abbestellen.

Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns eine E-Mail an redaktion-impuls@boeckler.de.

Statt der Printausgabe können Sie hier die Digitalausgabe bestellen: www.boeckler.de/de/impuls-bestellen.htm

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter: www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf

EINKOMMEN

Ein Fünftel kann sich keinen Urlaub leisten

So viele können sich keinen Urlaub leisten in der Einkommensgruppe* ...



bis 1600 Euro	48 %
1600 bis 2100 Euro	28 %
2100 bis 2700 Euro	17 %
2700 bis 3600 Euro	8 %
mehr als 3600 Euro	3 %
alle	21 %

* Nettoäquivalenzeinkommen

Quelle: Destatis, Juni 2026 [Link zur Studie](#)

DEMOKRATIE

Musk-KI empfiehlt, AfD zu wählen



Wissenschaftler des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) haben fünf KI-Chatbots auf ihre politische Fundierung und Neutralität geprüft. Ein Ergebnis: Die Resultate von SuperGrok, dem Chatbot von Elon Musks xAI, unterscheiden sich grundlegend von den Einschätzungen der anderen vier untersuchten Chatbots. Für knapp die Hälfte aller wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Indikatoren bewerte SuperGrok die AfD – sowohl für Deutschland als auch für Sachsen-Anhalt – als die effektivste und erfolgreichste künftige Regierung und stütze sich dabei überwiegend auf AfD-Quellen. Dies deute auf eine bewusste Verzerrung hin. <

Quelle: DIW, Juni 2026 [Link zur Studie](#)

BESCHÄFTIGUNG

Arbeitszeit steigt

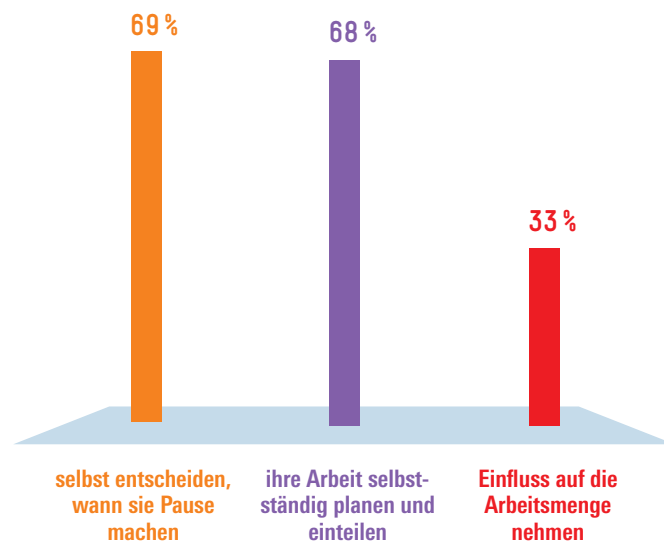
Im ersten Quartal 2026 ist die Zahl der Vollzeitstellen um ein Prozent zurückgegangen und die der Teilzeitstellen um 0,9 Prozent gestiegen. Das geht aus einer Analyse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor. Dabei hat sich die durchschnittliche Arbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten mit 38,15 Wochenstunden kaum verändert, die der Teilzeitbeschäftigten stieg jedoch etwas auf 18,88 Stunden. „Weniger Erwerbstätige arbeiten mehr“, fasst das IAB die Befunde zusammen. <

Quelle: IAB, Juni 2026 [Link zur Studie](#)

ARBEITSWELT

Wenig Einfluss auf die Arbeitsmenge

Von den Beschäftigten können ...



Quelle: BAuA, Juni 2026 [Link zur Studie](#)